

Was ist Antifaschismus?

Die Frage „Was ist Faschismus?“ war Gegenstand unzähliger Debatten und sie ist es auch heute immer noch. Diverse Faschismustheorien existieren, werden vertreten und bekämpft. Manche sind wissenschaftlich unhaltbar, werden aber dennoch – wie die staatsoffiziell vertretene Totalitarismuskonzeption – unbeeindruckt davon fleißig verbreitet; andere verstehen sich sogar als marxistisch, kommen aber dennoch zu unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Ergebnissen. Dass es hier eine kontroverse Debatte gibt, ist bekannt und – auch wenn diese Debatte manchmal als unangenehm empfunden wird und der naheliegende Appell, sich angesichts des Gegners Faschismus nicht zu zerstreiten, so sympathisch erscheint – dieser Streit ist notwendig! Für jetzt kommt es mir aber lediglich darauf an, dass wir zwar eine ausführliche Beschäftigung mit der Frage „Was ist Faschismus?“ kennen. Diesen Bemühungen steht aber – und ich finde das bemerkenswert – keine auch nur annähernd intensive Beschäftigung zur Seite mit der Frage „Was ist Antifaschismus?“.

Ich denke, das ist eine Schwäche, um deren Korrektur wir uns bemühen sollten. Denn diese Unbestimmtheit führt dazu, Antifaschismus als etwas (zumindest in unseren Kreisen) allgemein Anerkanntes, als gut und richtig Gebotenes anzusehen. Eine Schwäche stellt das deswegen dar, weil die vermeintliche Einigkeit in dieser positiven Wertung des Antifaschismus Raum schafft für einen unkritischen, beliebigen Umgang mit Vorstellungen darüber, worum es beim Antifaschismus gehe.

Ich möchte also versuchen, herauszuarbeiten, was wir vernünftigerweise zu einer Antwort auf die Frage „Was ist Antifaschismus?“ beitragen können.

Es erscheint erst mal einfach, die Bestimmung des Antifaschismus aus dem abzuleiten, wogegen er sich richtet. Wer gegen den Faschismus kämpft, kämpft für etwas – nämlich für die Abwesenheit von Faschismus, für eine Welt ohne Faschismus. Das klingt zwar trivial, ich bin aber der Meinung, dies ist eine wichtige Bestimmung und ich will gleich noch weiter ausführen, was aus dieser Bestimmung dann noch folgt.

Es gibt aber auch andere Versuche, eine positive Bestimmung zu geben, wofür AntifaschistInnen und Antifaschisten kämpfen. Da gibt es Unterschiede: Meine Eltern z.B. hätten sich wohl selbst nicht als Antifaschisten bezeichnet. Aber – sie sind 1924 bzw. 1928 geboren – sie haben sich bewusst der Einbindung in das faschistische Herrschaftssystem entzogen. Aus ihrer katholischen Überzeugung heraus haben sie sich geweigert, der Hitlerjugend bzw. dem BdM beizutreten und

mein Vater ist – als er Anfang 1945 noch die Einberufung zur Wehrmacht erhielt – abgehauen und desertiert. Sie waren dazu motiviert, weil sie eine Welt wollten, die durch ihre christlichen Wertvorstellungen geprägt sein sollte und wollten sich deswegen nicht mit dem Faschismus arrangieren. Für sie ist also der Kampf gegen Faschismus verbunden mit einem Kampf für christliche Wertvorstellungen. Ich bin Kommunist und kämpfe daher für eine Welt in der der Kapitalismus und mit ihm die Klassenherrschaft von Menschen über Menschen überwunden ist und ich weiß, dass dieses Ziel auch den Kampf gegen den Faschismus zwingend erfordert. Wir können also sagen, dass manche als Antifaschisten für christliche Wertvorstellungen kämpfen und andere als Antifaschisten für den Sozialismus. Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen, ob und in wie weit diese beiden Zielvorstellungen gegensätzlich seien oder auch koexistieren könnten. Jedenfalls sind es erst mal unterschiedliche Ziele, für die da gekämpft wird (und es gibt ja noch diverse weitere). Es gibt also unterschiedliche Ziele für die AntifaschistInnen kämpfen: Ziele für die einzutreten, diese Mitstreiter auch zum Kampf gegen den Faschismus gebracht haben. Aber es wäre ein Fehler, wenn die antifaschistische Bewegung versuchen würde, eines dieser positiven Ziele zur Voraussetzung für den gemeinsamen antifaschistischen Kampf zu erklären.

Ich möchte aber nicht missverstanden werden und hier deutlich differenzieren: Auch wenn es richtig ist, nicht eines der positiven Ziele, für die Antifaschisten kämpfen, zur Voraussetzung dafür zu machen, gemeinsam kämpfen zu können, sind die jeweiligen Zielvorstellungen unserer Mitstreiterinnen und Mitstreiter nicht beliebig. Es gibt Ziele, die für den gemeinsamen Kampf disqualifizieren: Es gab z.B. innerhalb der faschistischen Bewegung auch stets unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie eine faschistische Mobilisierung am besten zu realisieren ist oder auch welche spezifischen Klasseninteressen nun vorrangig zur Durchsetzung gebracht werden sollen. Und solche Unterschiede gibt es auch heute. Unterschiede dieser Art innerhalb bzw. zwischen Fraktionen der faschistischen Bewegung wurden und werden als durchaus heftige Konflikte ausgetragen. Daraus kann zwar in einer bestimmten Situation auch mal eine Schwäche der Faschisten entstehen, die wir ggf. ausnutzen können und sollten – aber daraus entstehen uns nie Bündnispartner im antifaschistischen Kampf. Wer also lediglich gegen die gerade vorherrschende Variante von Faschismus für eine andere Ausrichtung oder eine andere Mobilisierungsform des Faschismus eintritt, wird damit nicht zum Antifaschisten. Die einfache Tatsache, dass es einen Konflikt mit dem zu bekämpfenden Faschismus gibt, reicht also nicht aus. Wer für eine andere Variante faschistischer Mobilisierung kämpft, ist kein Antifaschist.

Die vermutlich bekannteste Formulierung einer positiven Bestimmung, wofür AntifaschistInnen kämpfen, kennen wir aus dem Schwur der überlebenden Antifaschistinnen und Antifaschisten des Konzentrationslagers Buchenwald: *„Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“* Auf dem Appellplatz von Buchenwald wurde also eine positive Bestimmung getroffen, wofür der Kampf geführt wird. Aber auch im Schwur von Buchenwald wird deutlich, dass diese positive Bestimmung eines Ziels eingebettet ist und sich erst begründet aus dem Kampf gegen den Faschismus. Der ganze Abschnitt des gerade zitierten Satzes lautet nämlich dementsprechend so: *„Wir Buchenwalder, Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, – Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung. Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht - Der Sieg muss unser sein! Wir führten in vielen Sprachen den gleichen, harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“*

Aus dem Kontext wird deutlich: Die Welt des Friedens und der Freiheit sind hier keine abstrakten Ziele, die sich aus einer vom konkreten Kampf der Antifaschisten gegen ihre faschistischen Unterdrücker losgelösten Wertvorstellung begründet. Die Welt des Friedens und der Freiheit stellt stattdessen die Verkörperung des Nicht-Faschismus dar. Die Welt des Friedens und der Freiheit ist dadurch bestimmt, dass sie die Welt ist, in der der Nazismus mit seinen Wurzeln vernichtet ist. Und für die Buchenwalder scheint diese Bestimmung unmittelbar erkennbar und auch hinreichend gewesen zu sein.

Ich komme also darauf zurück, dass wir die Bestimmung, wofür AntifaschistInnen kämpfen am zutreffendsten und hinreichend dadurch festlegen können, dass sie für die Abwesenheit von Faschismus kämpfen. D.h. es läuft alles darauf hinaus, dass wir sagen können: AntifaschistInnen kämpfen gegen den Faschismus. Bleibt aber natürlich noch die Frage: Was bedeutet das denn genauer?

Wenn wir den Antifaschismus dadurch charakterisieren, dass sein Kampf sich gegen den Faschismus richtet, dann hängt alles davon ab, was wir als Faschismus ansehen und worin wir die Ursache der Gefahr von Faschismus sehen. Uns darüber zu verständigen, ist dann aber keine akademische Übung, sondern es wird für uns zu

einer praktischen Notwendigkeit. Denn an der Beantwortung dieser Fragen hängen alle weiteren praktisch-konkreten Fragen unseres Kampfs.

Ich möchte das genauer erklären und mit Beispielen belegen: Was folgt z.B. daraus, Faschismus dadurch gekennzeichnet zu sehen, dass es sich um eine rechte Massenbewegung handele, die durch rassistische, antisemitische, nationalistische, antidemokratische Ideologie sich formiert? Dann müssten AntifaschistInnen ihren Kampf konsequenterweise gegen die Mitglieder, Anhänger und Akteure solcher Massenbewegungen richten; gegen deren Auftreten und gegen die Verbreitung ihrer Ideologie. Und es ist – finde ich – nicht schwer zu erkennen, dass dies in großen Zügen der verbreiteten gegenwärtigen Praxis der antifaschistischen Bewegung entspricht.

Um nicht missverstanden zu werden schiebe ich gleich voraus, dass ich diese Praxis für berechtigt und notwendig halte – warum, dazu sage ich gleich noch mehr. Aber ich halte diese Praxis auch für unzureichend und in ihrer Beschränkung für gefährlich. Das möchte das begründen:

Die faschistische Herrschaft in Italien und die in Deutschland sind beide in den 20er bzw. 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts mit Hilfe einer faschistischen Massenbasis errichtet worden. Doch diese Art des Übergangs zur faschistischen Herrschaftsform war historisch eher die Ausnahme. In vielen kleineren Ländern, in denen eine faschistische Herrschaft zur Macht kam, aber auch in Spanien oder in Chile spielte das Militär die wesentliche Rolle. Denn Faschismus lässt sich auch mittels eines Militärputschs errichten und in Chile z.B. gab es 1973 keine nennenswerte faschistische Massenbewegung. Nun will ich gleich eine Scheindebatte, die sich wirklich eher für den Elfenbeinturm als für den politischen Kampf eignet, abkürzen. Nämlich eine Debatte, ob den die Pinochet-Diktatur, gerade weil sie ja nicht auf eine faschistische Massenbasis aufbauen konnte, überhaupt zutreffend als Faschismus zu bezeichnen sei. Ich meine, ja – aber ich will darüber keine akademische Debatte führen (jedenfalls nicht jetzt). Das Wesentliche bei dieser Frage lässt sich doch aus der Praxis beantworten: Es ist sicher ein Unterschied, ob die Diktatur mit Hilfe einer faschistischen Massenbasis oder per Militärputsch errichtet wurde. Aber ich kann mir keinen Antifaschismus vorstellen, der an dieser Unterscheidung festmachen würde, ob er dann gegen diese Herrschaft kämpft oder nicht.

Wenn aber Faschismus auch ohne Massenbasis installiert werden kann, dann reicht es offensichtlich nicht, nur die Existenz und das Agieren einer faschistischen Bewegung zu bekämpfen, um der Gefahr zu begegnen, dass bei Bedarf erneut zu einer faschistischen Herrschaftsform übergegangen wird.

Zielbestimmung des Antifaschismus

Aus diesem Grund halte ich es auch für einen Fehler, wenn wir als Gegner für unseren antifaschistischen Kampf lediglich die Mitglieder und Akteure faschistischer Bewegungen ausmachen oder gar nur deren Ideologie. Ich halte es für notwendig, uns die folgende Bestimmung klar zu machen: **Antifaschismus verfehlt sein Ziel, wenn er alleine faschistische Bewegungen und deren Ideologie zum Objekt nimmt. Antifaschismus muss das Ziel haben, den Übergang zu einer faschistischen Form der Herrschaft zu verhindern.**

Diese Einschätzung impliziert natürlich auch Anderes: Und zwar insbesondere die Einschätzung, dass die kapitalistische Gesellschaft, in der wir leben, auch heute und in Zukunft nicht davor gefeit ist, erneut wie 1933 zum Faschismus als Herrschaftsform überzugehen.

Ich plädiere also dafür, die Möglichkeit einer erneuten Errichtung faschistischer Herrschaft nicht nur ernst zu nehmen, sondern auch in den Fokus dessen zu rücken, wogegen wir als AntifaschistInnen zu kämpfen haben.

Faschismustheorie

Und damit kommen wir an den Punkt, an dem ich dann doch etwas zum Verständnis dessen ausführen muss, was Faschismus ist.

Und wenn es um unser Faschismusverständnis geht, dann steht da immer ein Zitat: *„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist [wie ihn das XIII. Plenum des EKKI[1] richtig charakterisiert hat,] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“*

Das ist der Kernsatz der Bestimmung dessen, worum es sich beim Faschismus handelt, den das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale bereits im Dezember 1933 erklärt hat und die von Georgi Dimitroff zustimmend auf dem VII Weltkongress der KI 1935 zitiert wurde (und daher etwas fälschlich als „Dimitroff-These“ bezeichnet wird). Und ich bin der Überzeugung, dass Marxisten weiterhin dies als zutreffende Aussage unseres Faschismusverständnisses ansehen sollten und ich sehe keinen Grund, der gegen dessen Gültigkeit auch für heute spricht.

Aber – es geht ja nicht darum, eine schöne Definition zu haben und zitieren zu können, sondern es geht darum, mit diesem Verständnis eine richtige und wirksame Politik zu entwickeln. Wir können und wir sollten deshalb den Gehalt dieser Definition uns bewusst machen und so auswerten, dass sie wirklich zur Fähigkeit beiträgt, die gesellschaftlichen Zusammenhänge politischer Erscheinungen (und Faschismus ist eine solche politische Erscheinung) zu verstehen.

Und wenn ich das jetzt versuche, dann beziehe ich mich dabei auf Reinhard Opitz der das, was wir brauchen – insbesondere in einem Aufsatz aus dem Jahr 1974 – ausgearbeitet hat.

Opitz geht von der Frage aus, wie das Monopolkapital seine Herrschaft ausüben kann. Wenn wir mit dieser Frage anfangen, dann setzen wir bereits etwas voraus, nämlich die Klärung dessen, was monopolkapitalistische Herrschaft überhaupt ist. Und dann sind wir bei Lenin und natürlich auch bei Marx und Engels. Die Leninsche Imperialismustheorie ermöglicht uns neben anderen auch eine Aussage darüber, worin die Herrschaft der Monopolbourgeoisie besteht. Die besteht darin, dass die Monopole die Macht haben, die gesamte Gesellschaft zum Mittel zu machen, um ihre Existenzbedingungen, um die Bedingungen der eigenen Reproduktion sicherzustellen. Die gesamte Gesellschaft, alle ihre Ressourcen, ihr Reichtum, auch die natürlichen Ressourcen, stehen unter monopolkapitalistischen Verhältnissen, also im Imperialismus, für die Reproduktion der Existenzbedingungen der Monopolbourgeoisie zur Verfügung. Was wir staatsmonopolistischen Kapitalismus nennen, also die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des bürgerlichen Staates, bezeichnet, das insbesondere auch der Staat selber zum Mittel gemacht wird, die Reproduktionsbedingungen der Monopole zu gewährleisten.

Monopolkapitalistische Herrschaft besteht also in dieser Fähigkeit, diese, alles andere beiseite schiebende Zwecksetzung der ganzen Gesellschaft aufbürden zu können.

Integration

Ja – und dann kommt die bürgerliche Gesellschaft auf so eine verrückte Idee, allen Menschen zu versprechen, gleichberechtigt an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken und ein allgemeines gleiches Wahlrecht einzuführen. Das scheint doch eine sehr halsbrecherische Politik der Bourgeoisie zu sein, oder? So ganz freiwillig haben sie sich ja auch nicht darauf eingelassen. Das bedurfte schon eines heftigen Kampfs der Arbeiterbewegung und – in Deutschland – der Novemberrevolution. Aber interessant ist: diese Rechte werden in den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern ziemlich genau zu der Zeit durchgesetzt, als sich dort auch der Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus entwickelt. Wie soll es aber möglich sein, dass ein zahlenmäßig so verschwindend kleiner Haufen wie die Monopolbourgeoisie unter solchen Bedingungen seine Herrschaft durchsetzen kann? Antwort: Durch Tricksen, Lügen, Bestechen, Gewalt und Betrug. Monopolkapitalistische Herrschaft, die ja nicht nur beim Kreuz auf einem Wahlzettel auf die große Bevölkerungsmehrheit angewiesen ist (da eher noch am wenigsten), sondern auf die Bevölkerungsmehrheit ja auch bei der Mitarbeit zum Profite machen und bei der Mitarbeit beim Führen imperialistischer Kriege

angewiesen ist, monopolkapitalistische Herrschaft ist nur dann möglich, wenn diese Bevölkerungsmehrheit sich so verhält, als ob die Zwecke, die die Monopole der Gesellschaft aufdrücken, den eigenen Interessen der Bevölkerungsmehrheit entsprechen würden. Dem ist aber nun mal nicht so, sondern im Gegenteil – die Interessen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern aller nicht-monopolistischen Teile der Bevölkerung werden fortwährend durch die Herrschaftsausübung der Monopole verletzt. Damit deren Herrschaft dennoch möglich ist, muss die Monopolbourgeoisie dafür sorgen, dass das Bewusstsein, was die Bevölkerungsmehrheit von ihren Interessen hat, verfälscht wird. Und dazu dient: Tricksen, Lügen, Bestechen, Gewalt und Betrug. Und als ein notwendig in diesem Szenario mitspielender Faktor gehört dazu die reformistische, sich vom marxistischen Klassenkampf lossagende, Sozialdemokratie. Und nicht zufällig vollzieht die Sozialdemokratie diese Entwicklung hin zur verlässlichen, Kriegskredite bewilligenden Kraft und zum Arzt am Krankenbett des Kapitalismus auch zur gleichen Zeit, als es zur Herausbildung der Monopole und des Imperialismus kommt.

Monopolkapitalistische Herrschaft beruht also darauf, dass ihm eine zur eigenen Legitimation ausreichend große Massenbasis für die Durchsetzung der eigenen Ziele zur Verfügung steht. Eine Massenbasis, die selber objektiv ganz andere, mit dem imperialistischen Bedarf unvereinbare Interessen hat, aber sich über diesen Gegensatz nicht bewusst wird. Um diese Massenbasis zur Verfügung zu haben, dient ein umfassendes Gefüge von Integrationsmechanismen. Dazu gehören die Medien, Schule, Kirchen, eine darauf abgestellte Kulturindustrie, die Illusion des neutralen, die Klassenkonflikte ausgleichenden Staates, die Mechanismen des Parlamentarismus und so weiter. Den bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien kommt eine wesentliche Rolle zu – nämlich möglichst richtungsspezifisch die Interessen der herrschenden Monopolbourgeoisie ihrer jeweiligen Parteiklientel als notwendig oder gar wünschenswert zu verkaufen und dabei sogar noch selber als Interessenvertretung ihrer jeweiligen Klientel zu erscheinen und auf diesem Weg die von ihnen ansprechbaren Bevölkerungsteile einzubinden. Und genau deswegen, weil diese Parteien in immer zunehmenden Maße alle die selben Interessen der selben Monopolistenklasse verkaufen, muss es auch dazu kommen, was wir ja alle beobachten können, nämlich dass sich die Parteien einander angleichen und immer weniger unterscheidbar werden. Die wichtigste Grundlage für all diese Integrationsmechanismen und die stärkste Waffe, die der Bourgeoisie für die Sicherung ihrer Hegemonie zu Verfügung steht, setzt aber noch vor all diesen Mechanismen ein und ist bereits mit der bloßen Existenz des Kapitalismus gegeben. Das ist eine wichtige Erkenntnis des Marxismus. Marx hat das im

Abschnitt über den Fetischcharakter der Waren im ersten Band des Kapital analysiert. Der Kapitalismus verdreht die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen – und zwar nicht in einer künstlich geschaffenen Ideologie, sondern in der kapitalistischen Wirklichkeit. Dass ich unter kapitalistischen Bedingungen meinen Mitmenschen als Konkurrenten ansehe, den Ausbeuter, der von meiner Arbeit lebt aber als – vielleicht nicht netten – aber doch als Partner, nämlich als Vertragspartner ansehe, mit dem ich freiwillig einen Arbeitsvertrag eingehe – das ist ja keine ideologisch verfälschte Sicht auf die Wirklichkeit, sondern es ist ja wirklich so. Der Mitmensch ist im Kapitalismus mein Konkurrent und das einzig falsche an dieser Sicht auf die Wirklichkeit, ist die Wirklichkeit selber – also die Existenz des Kapitalismus. (Daraus folgern wir dann ja auch zu Recht, dass es als unsere politische Aufgabe nicht reicht, lediglich Aufklärungsarbeit zu leisten, sondern dass es notwendig ist, dem Kapitalismus als uns beherrschendes System ein Ende zu bereiten.) Der ganze Apparat von Integrationsagenturen und all seine Integrationsideologien können auf diese Basis, die bereits durch die bloße Existenz des Kapitalismus gegeben ist, zurückgreifen und aufbauen und erhalten durch sie auch ihre immense Wirksamkeit.

Soweit zur Integration der Bevölkerung in ein Herrschaftssystem, dass die ganze Gesellschaft den Interessen der Monopolbourgeoisie unterwirft. Offensichtlich funktioniert das doch recht gut und ich denke nicht, dass ich ein großes Wagnis eingehe, wenn ich davon ausgehe, dass die Bundestagswahl nächste Woche zwar zeigen wird, dass die Stabilität dieses System nicht mehr so ist, wie es vielleicht vor 10-20 Jahren noch war, das sie aber auch kein grundlegend anderes Signal abgeben wird, sondern belegt, dass die Integration noch greift.

Eskalierende Rechtsentwicklung

Aber dennoch ist der Kapitalismus nicht in der Lage, – und er ist es erst recht nicht in seinem imperialistischen Stadium – die Bedürfnisse der Bevölkerung dauerhaft zu befriedigen. Das kann er nicht und das wird er auch nie können. Dazu ist er ja auch nicht da. Das heißt aber, die Ausübung monopolkapitalistischer Herrschaft wird immer wieder ein Potential hervorbringen, das Grund hat, mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden zu sein und das deswegen auch unzufrieden ist. Was macht aber dieses Protestpotential, das durch die Herrschaftsausübung der Monopole unvermeidlich erzeugt wird? Aus der unvermeidlichen Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wird ja noch keineswegs automatisch auch ein zutreffendes Verständnis für die Zusammenhänge und Bedingungen, die die als unzumutbar empfundenen Zustände hervorbringen. Viel naheliegender ist es ja, dass die Menschen, auch wenn sie dazu kommen, mit den bestehenden Verhältnissen sich nicht mehr

abfinden zu wollen, dennoch den ganzen Mist der Integrationsideologien weiterhin im Kopf haben und die ideologische Bewusstseinsmanipulation des Imperialismus auch dann noch weiter wirkt. Wenn diese Menschen dann einerseits sagen „so kann es nicht weitergehen“ aber andererseits sich nicht davon frei machen können, den Menschen als des Menschen Wolf zu sehen, weiterhin die Überzeugung hegen „Jeder ist seines Glückes Schmied und sich selbst der nächste“, und das es wichtig sei, den „Standort Deutschland“ zu stärken – dann wendet sich dieses Protestpotential nach rechts.

Rechtes Potential

So entsteht das Potential für den Anhang faschistischer Sammlungsbewegungen. **Es ist das Zusammenkommen von Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, die durch die Ausübung monopolkapitalistischer Herrschaft hervorgerufen wird, plus ein weiterhin von den Integrationsideologien des Imperialismus verfälschtes Bewusstsein über die wirklichen Zusammenhänge der eigenen Interessen und deren Vereinbarkeit mit dem kapitalistischen System.** Der Rassismus, der völkische Nationalismus und alle anderen Bestandteile dessen, was wir einer faschistischen Ideologie zuschreiben würden, zeigen sich mit dieser Erklärung dann aber eben nicht als etwas originär faschistisches sondern als originär imperialistisch. Die Frontstellungen, auf die mit solchen Ideologien sich orientieren lassen, sind die Frontstellungen gegen die innen- und außenpolitischen Gegner der monopolkapitalistischen Interessendurchsetzung. Und das einzige, was die faschistische Mobilisierung dem hinzufügt, ist die Forderung nach einer radikaleren, rücksichtsloseren Bekämpfung dieser Gegner.

Das ist die eine Seite des Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus: Das rechte Protestpotential wird durch die Herrschaftspraxis des Imperialismus hervorgerufen und kann und soll dann durch faschistische Sammlungsbewegungen aufgefangen, organisiert und verstärkt werden.

Versagen der Integration

Die zweite Seite des Zusammenhangs von Imperialismus und Faschismus ist die folgende: Was macht die Monopolbourgeoisie, wenn ihr mal zur Durchsetzung eines ihrer jeweiligen – als notwendig angesehenen – Interessen die ausreichende Massenbasis nicht zur Verfügung steht? Wird sie darauf verzichten? Nein, das will und kann sie nicht. In dem Moment ist es dann aber auch schlagartig aus mit der Begeisterung, die die Monopolbourgeoisie für die bürgerliche Demokratie, für die parlamentarisch-liberale Form ihrer Herrschaft hegt. Denn in diesem Moment, wenn die dazu berufenen bürgerlichen und reformistischen Parteien nicht mehr die nötige Massenbasis zu organisieren in der Lage sind, hat die bürgerliche

Demokratie im Auge der Bourgeoisie versagt. Und das sagen sie dann auch und klagen über Ineffizienz des parlamentarischen Systems, über Unregierbarkeit, über das Versagen der angeblich durch unterschiedliche Interessenverbände und Parteien usurpierten Staates. Das haben sie Ende der 20er Jahre in der Weimarer Republik so gemacht (Da lohnt es, sich die Denkschriften des RDI in dieser Zeit anzuschauen. Dort wird genau das ausgedrückt.) – und das machen sie heute wieder so. Dann kommen die Forderungen nach einem Rückbau dieses Systems und einer Revision bürgerlich-demokratischer Rechte. Dann müssen Prozenzhürden die Repräsentation widerstreitender Interessen im Parlament beschränken, dann erscheint ein Mehrheitswahlrecht besser als ein Verhältniswahlrecht, dann soll – ganz aktuell – die Verlängerung der Legislaturperioden die Zahl der Wahlen vermindern, dann soll ein starker Präsident her, dann werden Ausnahme Gesetze für den Notstand erlassen, dann muss eine Expertenregierung – befreit von den Schranken parlamentarischer Hürden – die Probleme lösen, der Ausnahmezustand wird erklärt, usw.

Faschismus

Und was, wenn all dies noch nicht reicht? Und es wird ja tendenziell nicht reichen, denn all diese Maßnahmen dienen ja dazu, die Machtausübung der Monopole uneingeschränkt durchsetzen zu können – also in der Folge auch die objektiven Interessen der nicht-monopolistischen Bevölkerungsteile noch weiter und stärker zu verletzen. Dann muss endlich ein Herrschaftssystem her, das die „freiwillige“ Integration der Bevölkerung hinter die Ziele des Imperialismus durch eine mit Gewalt erzwungene Integration ersetzt. Das ist dann der Faschismus. Dann haben wir genau das, was Dimitroff in seinem Zitat beschrieben hat: Die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, imperialistischsten Teile des Finanzkapitals. Und wir haben nicht etwa ein Bündnis, das die Monopolbourgeoisie mit einer vermeintlich autonom von ihr entstandenen faschistischen Partei eingeht, oder gar ein Bündnis mit den durch die faschistische Partei organisierten Teilen des Mittelstands oder des Lumpenproletariats – sondern der Faschismus ist (auch diese Aussage ist in Dimitroffs Referat auf dem VII. Weltkongress enthalten) „die Macht des Finanzkapitals selbst“. Der Faschismus hat nichts anderes zum Inhalt als die Durchsetzung der Interessen des Imperialismus. Und es gibt keinen Fall in der Geschichte, in dem der Faschismus an der Macht andere Interessen als die der herrschenden Monopolbourgeoisie zur Durchsetzung gebracht hat.

Als letztes noch eins – und dann bin ich mit dieser kurzen Einführung in das marxistisch-leninistische Faschismusverständnis auch durch – wie erfolgt nun der Übergang von der parlamentarisch-liberalen Form bürgerlicher Herrschaft zur faschistischen Form? Dieser Übergang – also die Errichtung der faschistischen

Herrschaftsform – kann vollzogen werden mit Hilfe einer faschistischen Massenbewegung. Dies war bspw. der Fall in Deutschland 1933. Wenn es gelungen ist, eine ausreichend starke faschistische Sammlungsbewegung aufzubauen, dann kann die Monopolbourgeoisie, wenn sie zu dem Schluss kommt, ihre Interessen können nicht mehr im Rahmen der parlamentarisch-liberalen Form mit einer ausreichenden Massenbasis durchgesetzt werden – dann kann die Monopolbourgeoisie diese faschistische Sammlungsbewegung dazu benutzen, die faschistische Form der Diktatur zu errichten. Und was, wenn die Monopole die faschistische Form ihrer Herrschaft wollen, aber die Entwicklung so verlief, dass ihnen keine entsprechend starke faschistische Sammlungsbewegung dafür zur Verfügung steht? Dann greifen sie auf das Militär und den übrigen staatlichen Gewaltapparat zurück und errichten Faschismus mit deren Hilfe.

Soweit mein Exkurs zu den Fragen „Was ist Faschismus?“ und „Wie entsteht er?“.

Faschistische Bewegung

Eine faschistisch mobilisierte Massenbasis kann wie gesagt bei Bedarf genutzt werden um mit diesem Mittel den Übergang zur faschistischen Form der Herrschaft zu ermöglichen und durchzusetzen. Aber auch zuvor, solange sich die bürgerliche, kapitalistische Herrschaft mit parlamentarisch-liberalen Methoden, mit den Methoden der bürgerlichen Demokratie durchsetzt, sind faschistische Bewegungen für die Herrschenden ja nicht nutzlos. Das ist der Grund, warum sie geduldet werden und warum sie – diese Tatsache sollten wir spätestens seit dem November 2011 auch zur Kenntnis nehmen – nicht nur geduldet werden, sondern selbst dann von diesem bürgerlich-parlamentarisch-demokratischen Staat geschützt, finanziert und anscheinend auch organisiert werden, wenn sie, wie die damals bekannt gewordene NSU-Terrorbande, Menschen erschießt und in die Luft sprengt. Wir konnten Anfang der 90er Jahre erleben, wie eine Kampagne rassistischer, faschistischer Hetze und Brandanschläge auf Wohnungen von Ausländern und Asylbewerberwohnheimen von den etablierten Parteien dazu genutzt wurde, um das Grundrecht auf Asyl weitgehend aus unserer Verfassung zu streichen. Wir erleben das Gleiche heute erneut. Und diesmal noch verbunden damit, dass die Gelegenheit für einen enormen Ausbau des Repressionsapparats nach innen und des militärischen Aggressionsapparats nach Außen genutzt wird. Deutsche Kriegsschiffe übernehmen im Mittelmeer die Kontrolle der Grenzen eines angeblich souveränen Landes, nämlich Griechenlands. Ähnliches wird mit deutschem und anderen EU-Militär in Ländern Nordafrikas exekutiert. Dies sind Beispiele dafür, wie die Mobilisierung einer faschistischen Bewegung auch unter parlamentarisch-liberalen Bedingungen von den Herrschenden sehr bequem zur Durchsetzung einer reaktionärereren, aggressiveren Politik benutzt wird.

Dass gleichzeitig der selbe aggressive Expansionsdrang auch mit einem anscheinend entgegengesetzten Etikett in der Bevölkerung um Zustimmung buhlen kann, zeigt uns die große Erfahrung an, die der Imperialismus im Umgang mit der Durchsetzung eigener Interessen hat. Wenn es gegen den Osten geht, gegen Russland, dann demonstrieren (m.E. derzeit am widerwärtigsten die Grünen – aber nicht nur sie alleine), wie solche Aggressionspolitik unter dem Fähnchen eines verfehlten Antifaschismus verkauft werden kann. Allerdings ist solcher ‚Antifaschismus‘ hierzu zuvor jeder inhaltlichen Bestimmung entledigt worden. So kann dieser vermeintliche Antifaschismus selber Bestandteil bürgerlicher Integrationsideologien werden.

Fazit:

Ich habe versucht, was m.E. Aufgabe von Marxistinnen und Marxisten ist: Politische Erscheinungen verständlich zu machen, indem sie auf die Basis der gegensätzlichen Klasseninteressen zurückgeführt werden, die mit diesen Erscheinungen um Durchsetzung ringen. Dies gilt für den Faschismus und auch für den Antifaschismus. Was können wir daraus nun für unsere konkrete politische Praxis an Orientierung gewinnen?

Wenn wir nicht nur davon ausgehen, dass der Faschismus an der Macht die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals ist, sondern auch zu der Einsicht gekommen sind, dass faschistische Bewegungen im liberal-parlamentarisch verfassten Staat ein Resultat des Kampfs der Monopolbourgeoisie um Durchsetzung ihrer Klasseninteressen sind, dann können wir daraus m.E. notwendige Folgerungen für unsere antifaschistische Praxis ableiten: (und das möchte ich – um damit auch zum Schluss zu kommen – in drei Punkten machen)

1. Die Gefahr von Faschismus kommt nicht von den faschistischen Bewegungen. Die Gefahr von Faschismus droht aus dem Bedarf des Monopolkapitals, für wichtig erachtete Ziele auch dann durchzusetzen, wenn die liberal-parlamentarische Form seiner Herrschaftsausübung (also mit der „freiwilligen“ Integration der Beherrschten hinter den Interessen des Monopolkapitals) nicht mehr funktioniert. **Zentrales Ziel des Antifaschismus und der wichtigste Zweck des antifaschistischen Kampfs muss es daher immer sein, dem Monopolkapital die Möglichkeit aus der Hand zu nehmen, zur faschistischen Form seiner Herrschaft überzugehen** – und zwar unabhängig davon, ob es diesen Übergang mit Hilfe einer faschistischen Sammlungsbewegung oder mit Hilfe des staatlichen, militärischen Repressionsapparats vollziehen will. Für dieses Ziel des Antifaschismus ist eine starke, kämpferische demokratische Bewegung unverzichtbar. (Hinweis: Opitz: „*Es liegt auf der Hand, daß*

Faschismus, wo er akut droht, weil die herrschende Klasse ihn will, nur von den demokratischen Kräften der Gesellschaft abgewehrt werden kann und der Erfolg dieser Abwehr daher vollständig von deren Stärke abhängt, diese aber wiederum nicht schon allein durch eine bestimmte Quantität des aktionswilligen Potentials garantiert ist, sondern ebenso aus dem Vermögen zu einer realistischen Lageeinschätzung und einer richtigen Strategie besteht und damit entscheidend mitbestimmt ist vom Grade des Einblicks in die gesellschaftlichen Zusammenhänge der politischen Erscheinungen.“)

2. Das Monopolkapital wird im Zuge seiner Herrschaftsausübung immer wieder das Problem erzeugen, die Massenbasis, die es für die eigene Herrschaft benötigt, selber zu zersetzen. So entsteht gleichzeitig die Quelle für das Protestpotential, das von faschistischen Sammlungsbewegungen aufgefangen und organisiert wird und so auch wieder dem Monopolkapital zur Verfügung gestellt wird, und es entsteht der notwendige Bedarf des Monopolkapitals an der Existenz faschistischer Bewegungen. Bedingung hierfür ist die Wirksamkeit der bürgerlichen Integrationsideologien, die Wirksamkeit von Nationalismus, Standortdenken, Rassismus, das „jeder ist sich selbst der nächste“ und „jeder ist seines Glückes Schmied“. Um dies zu durchqueren, bedarf es einer starken demokratischen Bewegung, die in der Lage ist, dem Kampf für die Erkenntnis und die Durchsetzung der wirklichen Interessen der Bevölkerungsmehrheit eine realistische Perspektive zu geben. Also der Kampf um die Erkenntnis von Interessen und der Kampf um die Durchsetzung der Interessen, die ständig wiederkehrend und ständig zunehmend durch die Interessendurchsetzung der Monopole verletzt werden. **Die Erkenntnis der Unvereinbarkeit der eigenen Interessen und der Klasseninteressen des Monopolkapitals ist der zentrale Faktor für die Stärke der demokratischen Kräfte.** Antifaschistische Praxis muss beinhalten, diese Erkenntnis zu entwickeln und zu fördern. Der Kampf gegen faschistische Bewegungen und gegen deren Aktivitäten muss dies berücksichtigen. Darum ist es insbesondere notwendig, den Nazis unmöglich zu machen, sich als Alternative oder als Opposition zur Interessendurchsetzung der herrschenden Monopolbourgeoisie darzustellen oder gar als revolutionäre Kraft, als anti-bürgerlich oder als Kraft, die jenseits der herrschenden Klassenspaltung und „jenseits von rechts und links“ positioniert sei. **Der offensive, kämpferische Auftritt der demokratischen Kräfte gegen jegliches Agieren der Faschisten ist deshalb unverzichtbar.** Und genau diesen Begründungszusammenhang müssen wir auch nach Kräften in unseren Aktionen zum Ausdruck bringen. Wir verhindern Nazi-Aufmärsche, weil hier die brutalsten Akteure monopolkapitalistischer Interessendurchsetzung und das bedeutet für die Verletzung und Aggression gegen unsere Interessen,

unterwegs sind. Dabei darf nicht die Beschwichtigung über die Benachteiligungen durch die herrschenden Verhältnisse Inhalt antifaschistischer Politik sein, sondern die offensive Aufklärung über die monopolkapitalistischen Verursacher dieser Verhältnisse und die gemeinsame Interessengegnerschaft zu ihnen.

3. Es gibt eine Wechselbeziehung zwischen der immer weitergehenden Durchsetzung monopolkapitalistischer Klasseninteressen und der zunehmenden Einschränkung parlamentarisch-liberaler Freiräume für die Artikulation anderer Interessen, also der schrittweisen Negation bürgerlich-demokratischer Rechte. Der ganze Komplex dieser Wechselbeziehungen macht zusammen das aus, was wir als Rechtsentwicklung dieser Gesellschaft beschreiben können. Diese Rechtsentwicklung wird aber – hier liegt m.E. ein Kern der verbreitenden Fehler in der antifaschistischen Bewegung – [diese Rechtsentwicklung] wird nicht von den Faschisten – weder von ihren Akteuren noch von deren Anhang – erzeugt. Faschistische Bewegungen sind selber Erzeugnis der Rechtsentwicklung, für die das Monopolkapital verantwortlich ist. Vom Monopolkapital hervorgerufen hat diese Rechtsentwicklung eine gefährliche, sich selbst eskalierende Tendenz. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit, dieser Eskalation den Weg zu verlegen: Entweder gibt es eine starke demokratische Bewegung, die in der Lage ist, eine überzeugende Perspektive zur Durchsetzung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegen die Interessen der Monopole zu realisieren, oder nicht. Weil die Rechtsentwicklung nicht aus einer einzelnen Erscheinung besteht, sondern in dem kompletten und komplexen System aller seiner Erscheinungen, deswegen muss für uns der Rechtsentwicklung entgegentreten auch bedeuten, jeder einzelnen Ausdrucksform dieser Rechtsentwicklung etwas entgegenzusetzen. **Ohne den Kampf zur Verhinderung der Auftritte der brutalsten Akteuren, ohne den Kampf zur Verhinderung von Naziaufmärschen, ist auch die gefährliche Rechtsentwicklung als Ganzes und mit allen ihren anderen Erscheinungsformen nicht zu begegnen.** Und gleichzeitig gilt es aber auch, den Kampf gegen die aktuellen (nicht faschistischen!) Akteure der Rechtsentwicklung zu richten: Wer heute nicht bereits den Kampf gegen die Einschränkungen parlamentarisch-liberaler Freiräume, führt, wird den Kampf zur Verhinderung von Faschismus nicht gewinnen können. **Das erfordert heute den Kampf gegen die antidemokratische Politik der Monopole, ihres bürgerlichen Staates und der klassischen Protagonisten der bürgerlich-demokratischen Form ihrer Herrschaft.**

Die Einsicht in diesen Zusammenhang ist m.E. der wichtigste Schlüssel dafür, dass die antifaschistische Bewegung wieder zu einem zutreffenden und wirksamen Begriff davon kommt, was Antifaschismus ist.

Jürgen Lloyd, Sep 2017